

Stadt Heidelberg
Dezernat III, Kinder- und Jugendamt

**Bereitstellung von außerplanmäßigen
Mitteln für die Beschaffung von PCs für
die städtischen
Kindertageseinrichtungen**

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 29. September 2006

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Zustimmung zur Beschlussempfehlung	Handzeichen
Haupt- und Finanzausschuss	28.09.2006	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Für die Beschaffung von 21 PCs mit passenden PC-Tischen und Stühlen für die städtischen Kindertagesstätten werden außerplanmäßige Mittel in Höhe von 47.250 € bereitgestellt. Die Mittel werden aus nicht verbrauchten Haushaltsmitteln des Kinder- und Jugendamtes gedeckt.

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 28.09.2006

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziele:
QU 1	+	Solide Haushaltswirtschaft Begründung: Ohne eine geeignete EDV als Unterstützung für die Dokumentationen, z. B. von Entwicklungsschritten der Kinder, Förderangeboten der Kindertagesstätte und Elterninformationen, müsste dies handschriftlich durch die Fachkräfte erstellt werden. Die Finanzierung erfolgt über nicht verbrauchte Haushaltsmittel des Kinder- und Jugendamtes. Ziele:
SOZ 9	+	Ausbildung und Qualifizierung junger Menschen sichern Begründung: Lernschwierigkeiten und / oder Verständnisprobleme sollen bereits im Bereich der Kindertagesstätten dokumentiert und durch eine gezielte Förderung beseitigt bzw. vermindert werden. Die Fortschreibung der Förderkonzepte ist zur Erfolgskontrolle unverzichtbar.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

Begründung:

Die Evaluation des Entwicklungsstandes von Kindern in Kindertagesstätten und einer darauf aufgebauten zielgerichteten Förderung ist inzwischen Standard in allen städtischen Kindertagesstätten. Mit der Implementierung des Orientierungsplans für die baden-württembergischen Kindergärten wurde auch von Seiten des Landes die Verpflichtung des Trägers zur Dokumentation über die Förderung der betreuten Kinder fixiert. Die Abteilung Kindertagesstätten hat hierzu ein eigenes Dokumentationssystem entwickelt, in dem die Förderung der Kinder dokumentiert wird. Dadurch wird eine systematische Reflexion der pädagogischen Arbeit ermöglicht und eine Transparenz gegenüber den Eltern hergestellt.

Die schriftlichen Arbeiten, z. B. Dokumentationen, Elternbriefe, Einladungen etc., der pädagogischen Fachkräfte in den städtischen Kindertagesstätten sollen durch die Bereitstellung adäquater Arbeitsmittel unterstützt werden. Im Rahmen der technischen Möglichkeiten ist die handschriftliche Form nicht mehr zukunftsfähig.

Aus datenschutzrechtlichen Gründen sollte keine Koppelung mit dem städtischen Netz erfolgen. Da die gesammelten Daten der Kinder nicht Dritten zugänglich gemacht werden dürfen, ist eine EDV - Ausstattung notwendig, die nur den berechtigten, zuständigen Erzieher/innen bzw. Leitungskräften im Rahmen ihrer pädagogischen Arbeit den Zugriff ermöglicht. Insofern soll für jede Einrichtung ein vom städtischen EDV – Netz abgekoppelter PC mit PC-Wagen und Sitzgelegenheit in den Mitarbeiterzimmern zur Verfügung gestellt werden auf dem die Erzieherinnen und Erzieher die Dokumentation und Auswertung der Beobachtungsbogen vornehmen können. Weiterhin steht der PC dann zum Verfassen von Elternbriefen, Einladungen und weiterem Schriftverkehr zur Verfügung.

Im Haushalt 2006 sind hierfür bei Haushaltsstelle 2.4640.935100-500 außerplanmäßige Mittel in Höhe von 47.250 € erforderlich. Diese Mehrausgaben können gedeckt werden durch Budgetmittel, die dem Kinder- und Jugendamt in 2005 planmäßig zur Verfügung standen, die aber nicht in voller Höhe verbraucht wurden und daher im Rahmen des Jahresabschlusses nach 2006 übertragen wurden.

Die Verwaltung bittet darum, die Bereitstellung der außerplanmäßigen Mittel zu genehmigen.

gez.

Dr. G e r n e r